

BSU	35
000036	

Im Berichtszeitraum wurden gegen insgesamt 183 ~~Personen~~ (1980 = 207)¹ Ermittlungsverfahren eingeleitet, da sie Straftaten zur Durchsetzung ihrer rechtswidrigen Übersiedlungsbestrebungen in das nichtsozialistische Ausland begangen hatten. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang von 9,2 % zu verzeichnen.

Von diesem Personenkreis nahmen 143 = 76,1 % (1980 = 80,2 %) Verbindung zu Organisationen, Einrichtungen und Stellen² im nichtsozialistischen Ausland auf, um mit deren Unterstützung eine Ausreise zu erwirken. Die Kontaktaufnahme erfolgte - in der Regel nach Ablehnung der Übersiedlungsgesuchen - über in der BRD wohnhafte Verwandte und Bekannte. Zur Aufrechterhaltung dieser Verbindungen wurden u.a. Treffs im sozialistischen Ausland (4) bzw. an den Transitstrecken der DDR (7) durchgeführt, wobei mit der Übersiedlung im Zusammenhang stehendes Schriftmaterial übergeben und Instruktionen für das weitere Vorgehen erteilt worden sind, sowie Briefschaften im sozialistischen Ausland an die oben genannten Stellen (4) abgesandt.

Im Ergebnis dieser Kontaktaufnahmen kam es über 24 Beschuldigte noch vor ihrer Inhaftierung zu Veröffentlichungen in westlichen Medien (Vorjahr = 65).

Ebenso wie in den vergangenen Berichtszeiträumen erfolgte die Übermittlung von Nachrichten über Maßnahmen und Reaktionen staatlicher und gesellschaftlicher Stellen der DDR, die teilweise mit hetzerischen und herabwürdigenden Unterstellungen wie angebliche Praktizierung von Berufsverboten (5) verbunden waren.

13 Personen (6,9 %) stimmten ihr Vorgehen gegenüber den staatlichen Organen der DDR untereinander ab bzw. tauschten Adressen von einzubeziehenden Stellen im nichtsozialistischen Ausland aus, ohne sich organisatorisch zusammenzuschließen.

¹ u. ² weitere Angaben siehe Anlage 1